



Pressebericht

Nr. 86/2014

Bürgermeister- und Presseamt
Fürther Straße 8
90513 Zirndorf

Telefon: **0911/9600-207**
Telefax: 0911/9600-199
E-Mail: pressearbeit@zirndorf.de
www.zirndorf.de

23.10.2014

Straßenausbaubeitragsrecht Zirndorfer Stadtrat fordert mehr Gerechtigkeit

In der Oktober-Sitzung positionierte sich der Zirndorfer Stadtrat geschlossen für eine gerechtere Handhabung des Straßenausbaubeitragsrechts. Das Beschlussgremium der Bibertstadt fordert eine bayernweit einheitliche gesetzliche Regelung.

Unzählige Stunden führte das Beschlussgremium in den vergangenen Jahren bereits Grundsatzdiskussionen über die sogenannte „Straßenausbaubeitragsatzung“, kurz „Strabs“. Wo Ortsstraßen verbessert oder erneuert werden müssen, werden die Anlieger an den anfallenden Kosten beteiligt, so sieht es das Kommunalabgabengesetz (KAG) des Freistaats vor. In dem Landesgesetz als Einnahmequelle vorgesehen, kommt dem Vollzug und somit auch der Beibehaltung der Straßenausbaubeitragsatzung grundsätzlich verpflichtender Charakter zu. Kommunen, die auf staatliche Zuschüsse angewiesen sind, sind nun mal zur Generierung von Einnahmen gezwungen. Lediglich die wenigen Gemeinden mit besonders guter Finanzlage können von der Festsetzung von Straßenausbaubeiträgen absehen. Das sind von den 2.056 bayerischen Kommunen aber nur eine Hand voll.

Leider kann von einer einheitlichen Handhabung im Freistaat nicht die Rede sein. Zahlreiche Gemeinden haben die „Strabs“ gar nicht erst eingeführt, andere bereits wieder abgeschafft. Die Landeshauptstadt München und auch Nürnberg lassen derzeit die Abschaffung ihrer Satzungen unter juristischen Aspekten prüfen. Eine insgesamt unbefriedigende Situation. So wird den Gemeinden, die der gesetzlichen Verpflichtung nach dem KAG nachkommen automatisch der schwarze Peter zugeschoben.

Einstimmig wurde deswegen in der Oktober-Sitzung beschlossen, für eine einheitliche Regelung im KAG einzutreten. Entweder solle die Festsetzung von Straßenausbaubeiträgen generell für verbindlich erklärt, oder seitens der bayerischen Staatsregierung alternativ eine anderweitige aber gleichwertige Finanzierungsmöglichkeit im KAG verankert werden.

Der Diskussion vorausgegangen war ein Antrag der Freien Wähler, wonach die Verwaltung die Abschaffung der geltenden Straßenausbaubeitragsatzung prüfen möge. Eine Abschaffung schloss Bürgermeister Thomas Zwingel nach derzeitiger Gesetzeslage aus. Eine schriftliche Stellungnahme des Bayerischen Gemeindetags bestätigte das Stadtoberhaupt in seiner Rechtsauffassung. Doch zeigte sich der Bürgermeister versöhnlich: „Wir zerfleischen uns hier im Stadtrat und verärgern die Bürger, dabei sind doch der Landtag und die



STADT ZIRNDORF

Staatsregierung zuständig. Die müssen hier etwas ändern.“ Folgerichtig appellierte auch Dieter Vestner (SPD) an alle Fraktionen, sie möchten auf ihre jeweiligen Landtagsabgeordneten einwirken.